

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

17. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

24./25. November 2001, Rostock, Stadthalle

Grüne

Beschluss: Grundzüge bündnisgrüner Politik in Ostdeutschland

„Im Osten geht die Sonne auf“, sagen die einen. „Der Osten steht auf der Kippe“, sagen die anderen. Beides stimmt. Modernste Infrastruktur, boomende Wirtschaft und Reichtum an Bildung und Kultur in einigen Regionen stehen Infrastrukturlücken, Massenarbeitslosigkeit und Verödung ganzer Stadtteile in anderen Regionen gegenüber. Wer nur das Positive oder nur das Negative sieht, wird der Situation in Ostdeutschland nicht gerecht. Das gilt auch für den Vergleich zwischen alten und neuen Bundesländern. 11 Jahre nach der Vereinigung zeigt sich mehr denn je, daß der Aufbau Ost kein Nachbau West sein kann. Wer Politik für die neuen Länder nur als Annäherung an die Standards der alten Länder betreibt, greift zu kurz.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine selbstbewußte ostdeutsche Perspektive. Wir sehen einerseits, daß es bei den Themen soziale Gerechtigkeit, Wirtschaftskraft, Lebensbedingungen und der Infrastruktur zwischen Ost und West noch erheblich Angleichungsbedarf gibt. Andererseits sehen wir Bereiche, wo die alten von den neuen Ländern lernen können. Dazu gehören Veränderungsbereitschaft, Flexibilität und Offenheit für neue Lösungen, die die Menschen in Ostdeutschland in den vergangenen 11 Jahren unter Beweis gestellt haben. Und angesichts derer manche in Westdeutschland seit Jahren geführte Diskussionen um den status quo geradezu antiquiert wirken.

Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verstehen uns als Partei der Nachhaltigkeit und Zukunftstauglichkeit. Das bedeutet, dass wir die Ökologie konsequent verbinden mit wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit. Wir sehen gerade in Ostdeutschland eine große Chance, durch ökologisches Wirtschaften neue Arbeitsplätze zu schaffen. Konsequente Investitionen in Ökologie, z.B. bei erneuerbaren Energietechniken, Naturschutz, ökologischem Landbau und sanften Tourismus haben ein großes Potenzial für neue Arbeitskräfte, wie beispielsweise die Produktion von Windkraftanlagen in Magdeburg zeigt. Im produzierenden Gewerbe wie auch in der Landwirtschaft zeigt sich schon heute, dass man mit grünen Ideen auch schwarze Zahlen schreiben und damit neue Arbeitsplätze schaffen kann. Wir wollen mit bündnisgrüner Politik in Ostdeutschland dazu beitragen, dass aus vorhandenen Möglichkeiten auch neue gesamtdeutsche Wirklichkeiten wer-



den können.

Wir setzen auf eine spezifisch bündnisgrüne Perspektive in Ostdeutschland. Wir wollen weder wie die PDS eine Politik, die aus der Vergangenheit nicht heraus kommt und die Probleme der neuen Länder als Rechtfertigung für die eigene Existenz mißbraucht, noch geben wir uns mit einer bloßen Fortschreibung des Bestehenden zufrieden, auch dann nicht wenn sie das Etikett Chefsache trägt. Wir wollen auf vorhandenen Stärken die Zukunft gründen. Unser Ziel ist eine dauerhafte Perspektive in ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht.

Wir stehen für eine gesamtdeutsche Politik. Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist nicht die Einteilung unseres Landes in Ost/West bzw. neue und alte Bundesländer. Der bündnisgrüne Blick auf vorhandene Probleme basiert auf unseren Grundwerten Demokratie, Selbstbestimmung, Ökologie, Gerechtigkeit und Gewaltfreiheit. Überall wo diese Werte in unserem Land noch nicht ausreichend verwirklicht sind, sind Bündnisgrüne in Ost und West gemeinsam in der Pflicht.

Auch 11 Jahre nach der Vereinigung gibt es in Ostdeutschland spezifische Herausforderungen, um diese Grundwerte in praktische Politik umzusetzen. Dieser Aufgabe stellen wir uns mit diesem Papier.

1. Ökologisch verantwortlich handeln - Bedeutung des Naturschutzes stärken

Nicht nur im Osten Deutschlands gilt der von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN konsequent vertretene Grundsatz, dass für eine zukunftsfähige Entwicklung die Bewahrung unserer natürlich Lebensgrundlagen unabdingbare Voraussetzung ist und dass ungezügelter Ressourcenverbrauch und Raubbau an der Natur zurückgedrängt werden müssen.

Aber gerade im Osten hat eine Politik, die Umweltverantwortung zu einem zentralen politischen Wert macht, von dem aus Naturschutzaufgaben neu definiert werden und die ökologische Modernisierung der Wirtschaft vorangetrieben wird, eine besondere Chance.

Denn hier gibt es einen in den alten Ländern längst nicht mehr vorhandenen Reichtum an unverbrauchter Natur, da auf Grund der politischen Situation in der DDR (Grenzsicherungsräume, Staatsjagdgebiete, Truppenübungsplätze) fast 15% der Landesfläche von einer intensiven Landnutzung ausgenommen waren. Diese intakte Natur stellt ein bedeutendes Kapital für die Entwicklung Ostdeutschlands dar.

Zum anderen hat die mit grundlegenden strukturellen Umbrüchen konfrontierte Wirtschaft Ostdeutschlands die Chance, sich konsequent auf zukunftsweisende Produkte und Technologien einzustellen und damit zum Innovationsmotor für ganze Industriezweige zu werden. Ob im Bereich der regenerativen Energien, wo sich mit ca. 2300 neuen Arbeitsplätzen allein in der Photovoltaik-Industrie im letzten Jahr die Zahl der Beschäftigten verdreifacht hat, oder bei der Altlastensanierung, wo die in Ostdeutschland entwickelten und eingesetzten Verfahren längst bundesweite Bedeutung haben und nicht nur zur Sanierung vorgefundener Altlasten in Ostdeutschland dienen, – überall gilt der gleiche Grundsatz : Nicht im Sozial- und Umweltdumping liegt die Chance für Erfolg, sondern in einer ökologisch verantwortlichen Entwicklung, die auf eigene Akzente und Entwicklungspotenziale setzt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen dafür, ökologische Zusammenhänge bei allen politischen Entscheidungen zu berücksichtigen und Entwicklungen an ihrer Umweltverträglichkeit zu messen.

Der Bedeutung von intakten und regional typischen Naturräume trug das in Ostdeutschland initiierte Nationalparkprogramm Rechnung. Dieses in der Wende begonnene Großschutzgebietsprogramm hat den Naturschutz wesentlich vorangebracht und bietet eine Chance für die Neuorientierung im Umgang mit Landschaft im Sinne einer differenzierten Landschaftsnutzung. Die Schutzgebietskategorien Biosphärenreservat und „Naturparke neuer Prägung“ erweisen sich zunehmend als Motoren für eine umwelt- und sozialverträgliche Regionalentwicklung – von der Landwirtschaft bis hin zum Tourismus.

Besonders beeindruckend ist die Neubegründung von Großschutzgebiete in allen 5 ostdeutschen Bundesländern. Dass dieses naturschutzpolitische Verständnis Ostdeutschlands zukunftsweisend ist und sich stimulierend auf die Altbundesländer ausgewirkt hat, belegen grenzübergreifende Projekte wie das Biosphärenreservat Rhön, das über Thüringen hinaus nun nach Hessen und Bayern reicht, der Nationalpark Westharz im an der Grenze zu Sachsen-Anhalt und das Biosphärenreservat an Mittel- und Unterlauf der Elbe

Wir sehen es weiter als zentrale Aufgabe an, darzulegen, dass es keinen Gegensatz zwischen ökologisch verantwortlichem Handeln und ökonomischen Anforderungen geben muss.

Wir unterstützen nachdrücklich alle Bemühungen, den eigenständigen Weg der ostdeutschen Bundesländer in Bezug auf Landschafts- und Naturschutzmaßnahmen fortzuführen. Dies betrifft die Ausweisung, Unterstützung und landespolitische Einbindung von Großschutzgebieten ebenso wie Maßnahmen, regionaltypische Landschaften kleinräumig zu erhalten - ob die Ausweisung des „Grünen Bandes“ als wertvollstem zusammenhängendem Wald- und Offenlandbiotop entlang des ehemaligen Grenzstreifens oder im Alleenschutz in Brandenburg und Mecklenburg Vorpommern.

2. Arbeitslosigkeit bekämpfen - Wirtschaftskraft stärken

Bei 17% Durchschnittsarbeitslosigkeit in den ostdeutschen Bundesländern muss ein Schwerpunkt bündnisgrüner Politik in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit liegen. Die Wirtschaftsdaten für Ostdeutschland zeigen positive Entwicklungen im verarbeitenden Gewerbe und in den produktionsnahen Dienstleistungen. Auch die Entwicklung der Produktivität und vor allem der Lohnstückkosten ist positiv. Allerdings fehlt es an neuen wirtschaftlichen Impulsen und zusätzlichen Unternehmensansiedlungen, um die Wirtschaftskraft insgesamt zu erhöhen. Die Gesamtkonjunktur ist auch bedingt durch den unvermeidbaren Rückgang im Baugewerbe sowie im Staatsdienst nicht expansiv. Dies zeigt sich auch in der Arbeitsmarktentwicklung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen sechs Bereiche, die für uns im Vordergrund für eine Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur dauerhaften Stärkung der Wirtschaftskraft stehen.

2.1 Verbesserung der Infrastruktur – sanfte Standortfaktoren stärken

Wir sehen die aktive und langfristig wirksame Unterstützung von Wirtschaftsansiedlungen weiterhin als eine zentrale Aufgabe. Um neue Investitionen in Ostdeutschland zu schaffen und Arbeitsplätze vor Ort zu sichern, müssen noch vorhandene Infrastrukturlücken insbesondere in den Kommunen geschlossen und bereits vorhandene Strukturen erhalten werden.

Stärker noch als für die technische Infrastruktur gilt das für die soziale Infrastruktur, für Bildung und Wissenschaft. Die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten und Schulen, Sport- und Jugendeinrichtungen, kulturelle Angebote, innerstädtische Lebensqualität, Situation der Umwelt – dies alles entscheidet in der Summe mit, ob Betriebe in den ostdeutschen Bundesländern aufgemacht werden oder nicht. Weiche Standortfaktoren sind mit dafür ausschlaggebend, ob investiert wird oder nicht. Viele der weichen Standortfaktoren fallen in den Bereich der freiwilligen Aufgaben der Kommunen. Voraussetzung für ihre Stärkung ist daher eine deutliche Verbesserung der Finanzausstattung der ostdeutschen Kommunen.

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verstehen sich gerade in Ostdeutschland als Partei einer umfassenden Lebensqualität. Wir wollen Förderschwerpunkte in den Bereichen Kinderbetreuung, Schulen, Kultur und Sport setzen. Die kommenden geburtenschwachen Jahrgänge dürfen nicht als willkommene Gelegenheit genutzt werden, Personal und Einrichtungen abzubauen. Vielmehr wollen

wir die entstehenden finanziellen und personellen Spielräume nutzen, um die Kinderbetreuung für alle Altersstufen zwischen 0 und 14 Jahren auf ein neues Niveau zu heben. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für ArbeitnehmerInnen wie für UnternehmerInnen zu einem wichtigen Standortvorteil geworden.

- Die Kahlschlagspolitik in vielen Bereichen der Kultur, die Schließung, Abspeckung von Theatern minimiert das geistig-kulturelle Potenzial dramatisch und reduziert auch die Attraktivität der Region für Investoren. Städte wie Leipzig zeigen, daß weiche Standortfaktoren ein Pfund im Wettbewerb um die Ansiedlung neuer Arbeitsplätze sind. Eine insgesamt attraktivere soziale Infrastruktur schafft die Voraussetzung, um die in den letzten Jahren wieder steigenden Abwanderungszahlen zu stoppen.

2.2 Ökologisches Wirtschaften als neues Wachstumsfeld

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben. Gerade in Ostdeutschland zeigt sich, welches Wachstumspotenzial in ökologischen Wirtschaftsweisen liegt.

- Der Markt für regenerative Energien boomt auch in Ostdeutschland. Durch die neue Energiepolitik der Bundesregierung (100.000 Dächer Programm Photovoltaik, erneuerbare Energiengesetz, Markteinführungsprogramm regenerative Energien), ist grüner Strom nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern rechnet sich auch. Und der Markt wird weiter wachsen. Wer jetzt auf die Ansiedlung solcher Betriebe setzt, wird auch in Zukunft gute Geschäfte machen und sichere Arbeitsplätze schaffen.
- Im Bereich der Altlastensanierung hat sich im ersten Jahrzehnt der deutschen Einheit viel getan. Tausende haben in diesem Bereich neue Arbeitsplätze gefunden. Neu entwickelte Techniken können exportiert werden.
Auch wenn viele dringende ökologischen Probleme bereits angegangen sind, bleibt vieles zum Schutz der Umwelt zu tun. Ausbau und Sanierung der öffentlichen Kanalisation, Bau von Anlagen zur biologische-mechanischen Müllbehandlung und Erhöhung der Energieeffizienz im Wohnungsbau sind nur einige Beispiele.
- Durch die neue Landwirtschaftspolitik ergeben sich neue Chancen für den Osten. Viele Betriebe in den neuen Ländern haben aufgrund ihrer gewachsenen Struktur (flächengebundene Tierhaltung) Startvorteile, wenn es darum geht, die gestiegenen Ansprüche der VerbraucherInnen zu bedienen. Die in den neuen Ländern wieder stärker gewordene Nachfrage nach Ostprodukten trifft sich mit der ökologisch sinnvollen Stärkung regionaler Märkte nicht nur in der Landwirtschaft.
- Auch im Bereich der Verkehrsinfrastruktur kann der Osten eine Vorreiterrolle einnehmen. Ob durch neue Formen des Verkehrsverbundes zwischen Rad, Auto, Schiene oder durch Angebote für einen sanften Tourismus kann das ökologisch Richtige mit dem ökonomisch Sinnvollen verbunden werden.

2.3 Ausbau von Forschung, Hochschulen und Technologietransfer

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Ostdeutschland stärken. Neue Firmen, das gilt gleichermaßen in ganz Europa, lassen sich da nieder, wo ein dichtes Netz aus Forschung, Hochschulen und Fachhochschulen vorhanden ist. Der Technologietransfer von den Hochschuleinrichtungen zu den Betrieben ist eine wesentliche Voraussetzung für die Ansiedlung neuer Betriebe.

- Wenn wir neue Arbeitsplätze schaffen wollen, müssen wir neue Forschungseinrichtungen gründen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen dabei für eine Politik, die dem Osten Vorfahrt bei den Hochschul- und Forschungsinvestitionen einräumt.

Erfolgreiche Beispiele wie die Mikroelektroniksiedlungen in Dresden und die Mikrosystem- und Softwareregion Jena zeigen, dass sich um einen vorhandenen Kern an wissenschaftlicher Infrastruktur und Know-how neue Unternehmen ansiedeln. Diese bringen wiederum neue Arbeitsplätze, Forschungskapazitäten und Forschungsmittel an den Standort. Ein sich verstärkender Kreislauf kommt in Gang. Durch die enge, regionale Vernetzung von Forschung, Hochschulen und Wirtschaft entstehen Cluster (Anhäufung von für die wirtschaftliche Entwicklung ausschlaggebenden Faktoren), die die Attraktivität der Standorte weiter erhöhen.

- Insbesondere im Bereich der Hochschulen und Forschungseinrichtung erweist sich die Unterscheidung zwischen Ost- und West-Gehältern als Entwicklungsbremse. Wissenschaftlicher Sachverstand wandert ab oder kann nicht für die neuen Länder geworben werden.

Auch bei der anstehenden Dienstrechtsreform im Hochschulbereich gilt es, die Interessen der neuen Länder zu wahren. Die bislang im Besoldungsrecht für ProfessorInnen geplante Budgetierung der Personalausgaben würde die Entwicklungschancen ostdeutscher Hochschulen einschränken. Während es im Westen aufgrund des relativ hohen Durchschnittsalters der ProfessorInnen in den nächsten Jahren zu einer Verjüngung und damit aufgrund der Besoldungsstruktur zu einem Mehr an Flexibilität in den Personalbudget kommt, ist es in den ostdeutschen Bundesländern genau umgekehrt. Selbst ohne den hier notwendigen personellen Zuwachs steigen die Kosten, da die verhältnismäßig jungen ProfessorInnen in höhere Besoldungsstufen kommen.

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher dafür ein, den bundesweit höchsten durchschnittlichen Personalkostensatz zur Grundlage der Budgetierung zu machen.

2.4 Einführung einer Innovationszulage

Der Begriff neue Bundesländer sollte Symbol und Verpflichtung sein.

Nur wenn es gelingt, ihn mit Leben zu füllen, wird er auch Anziehungskraft gewinnen und das Image des Beitrittsgebietes verlieren. Die bisherigen Erfahrungen beim Aufbau Ost zeigen, dass sich bewährte Wege nicht einfach verlängern lassen. Häufig reiben sich die westdeutschen Gebrauchsmuster an der ostdeutschen Realität. Es reicht nicht aus, allein auf den Ausbau der Infrastruktur zu setzen und auf weitere Industrieansiedlungen zu hoffen. Selbst bei noch so hohen Investitionszulagen und günstigen Standortfaktoren scheint die Zahl der Investoren und die Verlockung des Ostens begrenzt zu sein. Erfolgsbeispiele, wie in Leipzig, Dresden und Jena, lassen sich nicht ohne weiteres übertragen oder beliebig erweitern. Ostdeutschland muss neue Schritte gehen und noch zielgenauer in Wissenschaft und Forschung investieren. Künftig soll es nicht nur um Investitionen in Stahl und Beton, sondern vermehrt um Investitionen in Köpfe gehen.

Unter dem Motto „Ideen und Wissen schaffen Arbeitsplätze und Märkte“ wollen wir mit der Einführung einer Innovationszulage ein neues Instrument der Förderpolitik schaffen und in den neuen Bundesländern erproben. Damit sollen Ideen, Erfindungen, Produkt- und Verfahrensinnovationen gefördert und Anreize für die Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten geschaffen werden. Mit Verwertungs-, Ausgründungs-, Patent- und Kompetenzinitiativen kann und soll der Technologietransfer aus den Hochschulen und Forschungsinstituten in die Unternehmen gestärkt sowie innovative Unternehmensgründungen und -erweiterungen gefördert werden.

2.5 Förderung des Mittelstands

Insbesondere in den ostdeutschen Ländern bilden die kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) das Rückgrat der Wirtschaft. Zwar stehen zumeist die großen Investitionsprojekte im Vordergrund des öffentlichen Interesses, aber ohne die vielen bestehenden Personengesellschaften und ExistenzgründerInnen gäbe es viele Arbeitsplätze nicht und hätten sich die vorhandenen Wachstumsregionen

nicht so schnell und innovativ entwickelt. Handwerk, Dienstleistungen und junge Technologieunternehmen müssen gerade in den neuen Bundesländern gezielt gestärkt werden, um den Aufholprozess in Deutschland wieder zu beschleunigen.

Um KMUs in den neuen Ländern gezielt zu unterstützen, hat die Bundesregierung speziell darauf ausgerichtete Fördermaßnahmen aufgelegt. FUTOUR (mit dem Programm werden Personal und Projekte im Forschungs- und Entwicklungsbereich unterstützt sowie technologieorientierte Unternehmensgründungen gefördert). PROINNO und INNOREGIO (mit den Programmen werden spezifische Entwicklungschancen einer Region vor Ort entwickelt und organisiert; die Herausbildung innovativer Netzwerke auf regionaler und lokaler Ebene wird gefördert). Steuerliche Investitionszulage für Erstinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe und in produktionsnahen Dienstleistungen. Konsolidierungs- und Wachstumsfonds Ost. Absatzförderung Ost. Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur".

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für die Förderung der KMUs und eine Kultur der Selbständigkeit. Dazu gehören Erleichterungen bei gewerblichen Auflagen, Genehmigungen und Verfahren, verbesserte Information und Förderung von ExistenzgründerInnen ebenso wie Maßnahmen zur Versorgung der mittelständischen Wirtschaft mit Krediten zu angemessenen Konditionen und die bereits beschlossenen Maßnahmen zur Verbesserung der Zahlungsmoral.

Dazu gehört insbesondere auch eine erheblich verbesserte Ausstattung der kleineren und mittleren Landwirtschaftsbetriebe mit öffentlichen Flächen, da diese kleineren Landwirtschaftsbetriebe wesentlich personalintensiver wirtschaften als durchrationalisierte Großbetriebe.

Eine bessere Flächenausstattung dieser Betriebe bietet die Chance gerade die extrem hohe Arbeitslosigkeit in den ländlichen Regionen der neuen Bundesländer abzubauen und der Verödung der ländlichen Regionen entgegenzuwirken.

2.6 Neue Arbeitsmarktpolitik

In der Arbeitsmarktpolitik wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN neue Wege gehen. Vor allem geht es darum, durch neue Betriebsansiedlungen sowie Sicherung und Ausbau der bestehenden Unternehmen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Darüber hinaus brauchen wir Arbeitsmarktmaßnahmen, die individueller auf die Bedürfnisse von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen eingehen. Es gilt, das Bedürfnis der ArbeitnehmerInnen nach sozialer Sicherheit und die Forderungen der ArbeitgeberInnen nach mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt für beide Seiten produktiv zu kombinieren. Wir wollen die bisherige strikte Trennung zwischen Arbeitsmarkt und dem Bezug sozialer Transferleistungen lockern. Von besonderer Bedeutung sind daher Maßnahmen, die strukturentwickelnde Komponenten beinhalten.

- Gerade in Ostdeutschland können durch die Schaffung von Übergangsarbeitsmärkten neue Beschäftigungspotenziale erschlossen werden. Sie können Brücken in den ersten Arbeitsmarkt bauen und so die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen. Wir setzen auf eine Kombination von arbeitsmarktnaher Qualifizierung, Lohnsubventionierung, Kombilöhnen bzw. Einstiegsgeldern zur Integration von Langzeitarbeitslosen und Arbeitnehmerüberlassung durch Zeitarbeitsfirmen. Wir wenden uns gegen einen dauerhaft subventionierten Niedriglohnsektor. Unter Kombilohn verstehen wir ein Einstiegsgeld für Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfangende. Daher schlagen wir vor, dass zusätzlich zum bisher üblichen Freibetrag alle selbst verdienten Arbeitseinkommen für ein Jahr nur zur Hälfte auf das Transfereinkommen angerechnet werden
Mit dem von der Bundesregierung vorgelegten Jobaktiv-Gesetz sind viele Punkte bereits auf den Weg gebracht. Vor allem durch den darin vorgesehen individuellen Wiedereingliederungsplan werden die Chancen der Arbeitslosen deutlich verbessert.
- Im Bereich der Beschäftigungsverhältnisse zwischen 631 und 1.800 Mark wollen wir die sogenannte Teilzeitmauer durchbrechen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlagen vor, den Übergang in Teilzeit oder niedrig entlohnte Jobs über einen gestaffelten Zuschuss zu den Sozialversicherungs-

beitragen zu verbessern. Das Arbeitnehmer-Netto in einem niedrigen Einkommensbereich soll um einen steuerfinanzierten Zuschuss aufgestockt werden; den Sozialversicherungen gehen keine Beiträge verloren. Mit steigenden Einkommen wird der Zuschuss immer geringer. Besonderen Vorteil haben davon gering verdienende Alleinerziehende und Kleinverdiener-Familien mit Kindern.

- Die Schaffung neuer Arbeitsplätze allein wird das Problem der Arbeitslosigkeit auf absehbare Zeit nicht lösen können. Vielmehr geht es auch darum Überstunden zu Gunsten neuer Jobs abzubauen und die vorhandene Arbeit besser zu verteilen. Mit dem von rot-grün auf den Weg gebrachten Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge erhalten ArbeitnehmerInnen erstmals einen allgemeinen gesetzlichen Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit.
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und vor allem Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) sind weiterhin notwendige Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland. Vor allem dort, wo eine soziale Infrastruktur in nicht ausreichendem Maße vorhanden ist, sind SAM und ABM erforderlich, um Angebote etwa der Jugend- und der Sozialarbeit aufrecht zu erhalten. Dabei ist es jedoch von besonderer Bedeutung, in diese Maßnahmen Qualitätsmaßstäbe und deren Sicherung einzubringen, die einerseits die fachliche und persönliche Entwicklung der ABM- und SAM-Kräfte gewährleistet und andererseits hohe Ansprüche an Maßnahmeinhalte und deren Umsetzung definiert.
- Durch das im Jobaktiv-Gesetz vorgesehene neue Instrument der „Beschäftigungsschaffenden Infrastrukturförderung“ werden die Fördermöglichkeiten sinnvoll erweitert. Allerdings wollen wir verhindern, dass ABM/SAM für die Betroffenen zu einer Beschäftigungsschleife im zweiten Arbeitsmarkt wird. Durch ein Mehr an Qualifikation für die Arbeitssuchenden und Prämien für die Träger von ABM wollen wir die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt besser fördern. Eine unabhängige Einrichtung soll die Qualität der Angebote sicherstellen. Trotz aller Zukunftsstrategien werden viele Menschen in Ostdeutschland noch Jahre mit Arbeitslosigkeit leben müssen. Bündnis 90/Die Grünen wollen daher das Leben mit Arbeitslosigkeit erträglicher machen. Dazu gehört, dass Arbeitslose ihre Situation nicht als Stigmatisierung im Ergebnis der öffentlichen Debatte über Sozialmißbrauch und Sanktionsandrohungen bei der Inanspruchnahme von Hilfsleistungen erleben dürfen. Mangelt es doch in Ostdeutschland viel mehr an Arbeitsplätzen als an der Arbeitsbereitschaft der Menschen. Deshalb soll, wie im Jobaktiv-Gesetz bereits begonnen, das SGB III und das BSHG dahingehend geändert werden, dass Erwerbsarbeitslosen weitgehende Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten für ihre Beteiligung an Maßnahmen des 2. und 3. Arbeitsmarktes bzw. der Eingliederung in den 1. Arbeitsmarkt eingeräumt erhalten. Eine flächendeckende Anwendung und die Ausschöpfung der im Job-Aktiv-Gesetz eröffneten Mitwirkungsmöglichkeiten ist gerade in Ostdeutschland schnell zu gewährleisten. Sanktionsregelungen, die bei Ablehnung angebotener Maßnahmen derzeit bestehen, sollen wegen der bestehenden motivationshemmenden Wirkung weitgehend durch diese, aktivierenden Mitwirkungsmöglichkeiten abgelöst werden.
- Bei uns in Ostdeutschland besteht ein elementares Problem in dem mangelnden betrieblichen Ausbildungsangebot für junge Schulabsolventen. Während zahlreiche kleinere und auch mittlere Betriebe ihrer Verantwortung für die zukünftigen Generationen wahrnehmen, kommen einige Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nicht nach und tragen somit zu der Abwanderungsproblematik bei. Es stellt für uns ein Gebot der Gerechtigkeit dar, die Kriterien für staatliche Investitionsbeihilfen an der Ausbildungsbereitschaft zu koppeln und uns für die Einführung einer solidarischen Abgabe für nicht auszubildende Betriebe einzusetzen.
- Darüber hinaus sollten durch Bundes- und Länderprogramme für Langzeitarbeitslose ab 55 Beschäftigungsverhältnisse als "Brücke zur Rente" angeboten werden. Durch eine finanzielle Förderung der Bundesanstalt für Arbeit, der Länder und des Bundes ergänzt durch das JOB-AQTIV-Gesetz können so sinnvolle Projekte der Strukturanpassung (SAM-Projekte) gefördert und geschaffen werden. Gleichzeitig muss auch ein Qualifizierungsanteil Bestandteil der Förderung sein.

2.7 Chancen von Frauen am Arbeitsmarkt sichern

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wenden sich dagegen, daß die hohe Arbeitslosigkeit unverhältnismäßig stark zu Lasten der Erwerbstätigkeit von Frauen geht. Angleichung zwischen West und Ost kann nicht bedeuten, die westdeutsche Frauenerwerbsquote auf den Osten zu übertragen. Eine Beschränkung auf veraltete westdeutsche Rollenmuster akzeptieren wir nicht. Bei der Vergabe von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ist auf die angemessene Berücksichtigung von Frauen gemäß ihrem Anteil an der Erwerbslosigkeit zu achten. Der noch unter rot-grün in Sachsen-Anhalt eingeführte Käthe-Kruse-Preis für frauenfreundliche Betriebe ist ein Beispiel für die Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen. Wir ermutigen Betriebe, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Vereinbarkeit von Familien und Beruf zu erleichtern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen im nach wie vor hohen Anteil ostdeutscher Frauen am Erwerbsleben eine Chance, den Herausforderungen einer zukunftsfähigen Entwicklung der Berufswelt gewachsen zu sein. Wir wollen berufstätige Frauen in den neuen Ländern mit ihrem selbstverständlichen Anspruch auf berufliche Entwicklung fördern, ihre Teilhabe am Arbeitsmarkt sichern und die in der DDR gesammelten Erfahrungen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nutzen.

3. Generationengerechtigkeit ernst nehmen - Die neue Kinderpolitik

Im Osten Deutschlands gibt es eine breite Akzeptanz und ein hohes Erfahrungspotenzial, verschiedenen Familienformen eine gesicherte Existenz zu ermöglichen. Die noch nicht vergessene Selbstverständlichkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der DDR liegt nur 11 Jahre zurück. Wir können an diese Erfahrungen anknüpfen für eine neue bündnisgrüne Kinderpolitik. Auch heute wollen die meisten jungen Paare mit Kindern leben.

Wir wollen im Osten beispielhaft damit beginnen, einen Perspektivwechsel einzuleiten. Wir definieren neu: Die Bevölkerungsgruppe der Kinder hat einen eigenständigen Anspruch an die Gesellschaft!

Das zeigt sich neben der existenzsichernden materiellen Grundversorgung daran, daß Maßstäbe in Infrastruktur und Umwelt an den Bedürfnissen der Heranwachsenden orientiert sind: Gesundheitsförderung und Prävention richten sich an den Bedürfnissen von Kindern aus, Schadstoffgrenzwerte werden korrigiert, urbane Verkehrsstrukturen nach Maßgabe von Kinderbedürfnissen entwickelt. All dies kann im Osten beispielhaft gelingen, wenn der politische Wille innerhalb der allgemeinen Umgestaltung in diese Richtung geht. Kinderfreundlichkeit ist ein Merkmal, das die fünf neuen Bundesländer erwerben sollten.

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN werden sich dafür einsetzen, die Investitionsbereitschaft öffentlicher Haushalte neu zu gestalten: Investieren in die Zukunft heißt für uns, daß investive Mittel auch in die Qualität von Bildung und eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft fließen. Das garantiert eine funktionierende Solidargemeinschaft und wird zum Standortvorteil.

Daraus erwachsen Chancen wie z.B. kleinere Klassen in den Schulen, Qualitätssteigerung in den Kindertagesstätten und flächendeckende Integration von behinderten Kindern.

Da Kindheit zunehmend institutionalisiert ist und Lebenswelten von Kindern Teil des öffentlichen Raumes sind, ist es eine zusätzliche Chance, nicht nur den Bildungs- und Erziehungsauftrag von Kinderbetreuungseinrichtungen zu präzisieren, sondern auch die Finanzierung der öffentlichen Hand stufenweise zu erhöhen. Kindergarten und Schule sind damit gleichberechtigte Entwicklungsräume, um der nachwachsenden Generation die Teilhabe an der Bürgergesellschaft zu ermöglichen.

In den neuen Bundesländern haben wir eine flächendeckende Versorgungsstruktur im Kinderbetreuungsbereich. Das Recht auf einen Betreuungsplatz ist garantiert (in Sachsen-Anhalt von 0 bis 14 Jahren). Das ist eine fortschrittliche Handlungsgrundlage, die es uns erlaubt, finanzielle Ressourcen in

bereits bestehende Institutionen zu lenken und so die materielle Ausstattung von Kindertagesstätten zu verbessern.

4. Perspektiven für die Jugend schaffen

Besonders alarmierend ist für uns der hohe Anteil der jugendlichen Arbeitslosen. Darin liegt ein wesentlicher Grund dafür, dass viele junge Menschen in die westlichen Bundesländer abwandern. Das JUMP-Programm der rot-grünen Bundesregierung hat zwar vielen Jugendlichen eine Ausbildung oder Qualifizierung ermöglicht. Aber es fehlt in der Summe an Arbeitsplätzen, die jungen Menschen eine dauerhafte Perspektive geben könnten. Um der Jugendarbeitslosigkeit wirksam zu begegnen, sind der differenzierten Problematik entsprechende Lösungen zu erarbeiten.

- Der Anteil der betrieblichen Ausbildungen ist in den neuen Ländern auch bedingt durch die insgesamt zu schwache Wirtschaftsstruktur viel zu niedrig. Dies wird zwar zum großen Teil durch über- und außerbetriebliche Ausbildungsangebote kompensiert, schafft aber gleichzeitig eine potenzierte Problematik an der „2. Schwelle“, da aus diesen Ausbildungsverhältnissen heraus keine Übernahmen in Arbeitsverhältnisse entstehen können. Weiterhin kann keine außer- oder überbetriebliche Ausbildung den Praxisbezug einer betrieblichen Ausbildung ersetzen. Daher bedarf es in den neuen Ländern zumindest in den nächsten Jahren geeigneter Förderinstrumente, um den Anteil betrieblicher Ausbildungen deutlich zu steigern.
- Gut ausgebildete junge Fachkräfte verlassen die neuen Länder, daher bedarf es der Entwicklung von Bausteinen, die einen Anreiz für hochqualifizierte junge Menschen aus Ost und West schaffen, ihre berufliche Laufbahn in Ostdeutschland zu beginnen. Wir denken in diesem Zusammenhang etwa an die Förderung von Trainee-Programmen, an Finanzierungsprogramme für junge Existenzgründer in Ostdeutschland und die Schaffung von Einstellungskorridoren im öffentlichen Dienst für Hochschul- und Fachhochschulabsolventen ohne Berufserfahrung.
- Vor allem sogenannte sozial benachteiligte Jugendliche erweisen sich als sehr standortfest und zeigen wenig Bereitschaft zur Mobilität. Die qualitative Entwicklung der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit bedarf hier unserer Unterstützung, da der schwierigen persönlichen und sozialen Ausgangssituation dieser Jugendlichen nicht alleine durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen begegnet werden kann. Es bedarf daher ganzheitlicher Konzepte, die erzieherische Aspekte der Jugendhilfe ebenso einschließen wie Konzepte der Jugendsozialarbeit.
- Durch das JUMP Programm der Bundesregierung wurde 30.000 Jugendlichen eine berufliche Perspektive eröffnet. Dennoch sind in den neuen Ländern über 150.000 Menschen unter 25 Jahren ohne Arbeit. Gerade für diese Altersgruppe haben die im JOBAQTIV-Gesetz beschriebenen Maßnahmen zur Schaffung neuer Jobs höchste Priorität, damit die erste berufliche Erfahrung nicht die Arbeitslosigkeit ist.

Gleichzeitig geht es darum, in den neuen Ländern Bedingungen zu schaffen, die junge Menschen dazu ermutigen, ihre Lebens- und Arbeitsperspektive in Sachsen oder Thüringen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg Vorpommern oder Berlin zu entwickeln. Ob Jugendliche in Ostdeutschland bleiben oder nicht, ist in erster Linie davon abhängig, ob sie Perspektiven für ihr Leben hier sehen oder vorfinden. Dabei geht es sowohl neben berufliche Perspektiven auch um Fragen der Lebensqualität. Wie sind die Schulen ausgestattet? In welchem Zustand sind die Schulgebäude? Welche Bildungsangebote stehen mir und meinen Kindern zur Verfügung? Bekomme ich nach der Ausbildung einen Job? Aber auch die sich vielerorts entleerenden Städte und Dörfer, das geringe kulturelle Angebot und ungenügende Freizeitmöglichkeiten spielen für die Entscheidung für oder gegen den Osten eine gewichtige Rolle.

- Es geht also nicht nur ums Bauen, nicht nur um die hardware, sondern auch ums Programm, um die software. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass diese sogenannten weichen Faktoren bei den Planungen auf kommunaler und Landesebene Priorität bekommen. Junge Menschen müssen spüren, dass etwas für sie getan und ihnen eine Perspektive eröffnet wird.

- Ein weiterer Anstoss zur Verbesserung der Lebensqualität ist der von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Haushaltsverhandlungen 2002 für Ostdeutschland durchgesetzte Wettbewerb „Die Jugend bleibt“ sein. Ziel des Wettbewerbs ist die Ermittlung und Auszeichnung innovativer und kreativer Jugendprojekte und Beispiele für die Gestaltung des Lebens- und Wohnumfelds junger Menschen. Damit soll der Eigenwert der Region sowie die Bindungskräfte und das Selbstwertgefühl der Jugendlichen gestärkt werden. Der Wettbewerb richtet sich an alle ostdeutschen Kommunen mit weniger als 100.000 Einwohnern. Beteiligen können sich kommunale Verwaltungen, Verbände, Vereine und sonstige Organisationen, aber auch Privatpersonen. Zehn beispielhafte Modelle werden mit Preisen ausgezeichnet. Der Bund stellt dafür Preisgelder mit einem Fördervolumen von insgesamt jeweils 2,5 Millionen Euro in 2003 und 2004 zur Verfügung. Bereits im nächsten Jahr beginnt die Ausschreibung für den Wettbewerb. Die bundesweite Bekanntmachung solcher Beispiele soll Kommunen und anderen Trägern Anregungen für die Entwicklung und Konzeption ähnlicher Vorhaben geben.

4. Soziale Gerechtigkeit stärken

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für soziale Gerechtigkeit. Dazu gehört neben Verteilungsgerechtigkeit auch der gleichberechtigte Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen. Die Steuerreform und die Senkung der Lohnnebenkosten läßt vor allem kleinen und mittleren Einkommen wieder mehr netto im Portemonnaie. Die dreimalige Erhöhung des Kindergeldes und die Verbesserungen beim Erziehungsgeld stärken die Familien in unserem Land. Die Rentenreform stellt die Alterssicherung auf eine solide Grundlage. StudentInnen profitieren von unserer Bafög-Reform. Trotz dieser Verbesserungen bleibt einiges zu tun. Gerade in Ostdeutschland stellen sich Fragen der sozialen Gerechtigkeit schärfer als im Westen, sind mehr Menschen auf die Solidarität der Gesellschaft angewiesen. Die Gesundheitspolitik steht nicht nur im Osten vor neuen Herausforderungen, die sich aus dem rasanten Wandel der Arbeits- und Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger ergeben. Wer den Schutz vor elementaren Lebensrisiken wie Krankheit, Behinderung und Pflegebedürftigkeit auch im 21. Jahrhundert dauerhaft sichern will, muss sich diesen Herausforderungen stellen.

Eine verantwortungsbewusste Gesundheitspolitik muss Antworten finden, die das Spannungsverhältnis zwischen dem Anspruch des Einzelnen auf eine umfassende Absicherung und dem Wünschenswerten und Machbaren (Medizinischer Fortschritt) zur Absicherung von Lebensrisiken soweit wie möglich auflöst. Dabei dürfen Qualität und Wirtschaftlichkeit nicht gegeneinander behandelt werden. Prävention, Partizipation und verantwortungsbewusster Umgang mit Ressourcen sind elementare Kriterien einer bündnisgrünen Gesundheitspolitik.

Die Schwächen in der gesundheitlichen Versorgung in den neuen Bundesländern ergeben sich aus der besonderen Situation: Einerseits haben wir es mit einem PatientInnenpool zu tun, der laut Sachverständigenurteilen morbider und älter ist als der bundesdeutsche Durchschnitt. Andererseits trägt die Unterfinanzierung der Leistungserbringer dazu bei, daß zunehmend ÄrztInnen, v.a. im ambulanten und ländlichen Bereich fehlen. Anfang der 90er in die Niederlassung gezwungen, erleben sich viele niedergelassene Ärzte in der Schuldenfalle, da die Einnahmen rund ein viertel hinter denen bleiben, die im Westen zu erzielen sind. Die Krankenkassen geraten in Finanzierungsnöte, da insbesondere junge Versicherte zu billigeren zumeist virtuellen West-BKKs wechselten. Der modernisierte Risikostrukturausgleich behebt die Ungerechtigkeiten nur unzureichend.

Auch in den Krankenhäusern fehlt medizinisches Personal. Wenn auch die Versorgung derzeit noch gewährleistet ist, tickt dort auch beschäftigungspolitisch eine Zeitbombe.

Im Osten wurden nach der Wende Versorgungsstrukturen abgebaut, die sich heute wieder als erstrebenswert darstellen, wie z.B. die Polikliniken. Durch die derzeitige Instabilität im bundesdeutschen

Gesundheitssystem ist es möglich, gerade aus den neuen Bundesländern heraus, einen Innovationschub zu initiieren. Hier kann es gelingen, die positiven Erfahrungen aus der DDR-Vergangenheit mit neuer Qualität zu verknüpfen und beispielgebende Netze integrierter Versorgung voranzubringen. Bündnisgrüne Aufgabe ist es dabei, die Handelnden im Gesundheitswesen zusammenzubringen, innovative Konzepte zu etablieren, Überreglementierung zu vermeiden, Mitspracherechte zu erhöhen und einen tragfähigen Reformansatz auf den genannten Prinzipien zu entwickeln.

Gerade die Förderung ganzheitlicher Behandlungsansätze und die Prävention von Geburt an sind unwidersprochenes Fachwissen, deshalb ist es wichtig, im Reformprozeß auch diese kostengünstigen medizinischen Ansätze zu verstärken. Der Umbau des Gesundheitswesens kann vom Osten ausgehen, Bündnisgrüne werden das forcieren.

- Dreh- und Angelpunkt für mehr soziale Gerechtigkeit ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Angesichts einer seit einem Jahrzehnt andauernden dramatisch hohen Arbeitslosigkeit stellen sich aber auch die Fragen nach den sozialen Folgewirkungen dieser Entwicklung. Bedingt durch Langzeitarbeitslosigkeit und das niedrigere Lohnniveau haben beispielsweise in Ostdeutschland deutlich mehr Menschen als im Westen nur geringe Rentenanwartschaften erwerben können. Gerade für diese Menschen bietet das von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entwickelte Konzept eine bedarfsdeckenden Grundsicherung wieder eine Perspektive gegenüber Altersarmut und Entwürdigung.
- Ebenfalls muss die Benachteiligung von Menschen, die in der DDR politisch verfolgt waren, bei der Rentenberechnung überwunden werden.
- Auch beim Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen gibt es spezifisch ostdeutsche Probleme. Massenarbeitslosigkeit, ungleiche Lebensverhältnisse zwischen West- und Ost, unterschiedliche Tarifgestaltung zwischen ArbeitnehmerInnen Ost und ArbeitnehmerInnen West, Verödung ganzer Stadtteile durch Abwanderung und von vielen Jugendlichen empfundene Perspektivlosigkeit stellen das Recht auf gleichberechtigten Zugang zu persönlichen und beruflichen Entwicklungschancen in Frage.
- Bündnis 90/Die Grünen lehnen weitere Kürzungen im Bereich der Unterhaltsleistungen für Arbeitslose ab. Eine schlichte Umwandlung der Arbeitslosenhilfe in Sozialhilfe, die immer wieder in die politische Diskussion gebracht wird, würde die materielle Situation von ca. 80% der Langzeitarbeitslosen verschlechtern. Gerade in Ostdeutschland hätte dies gravierende soziale Folgen und kann von uns nicht mitgetragen werden.
- Das im Vergleich zu den alten Bundesländern deutlich niedrigere Lohn- und Gehaltsniveau in Ostdeutschland wird von vielen Menschen in den neuen Ländern als soziale Ungerechtigkeit empfunden. Hinzu kommt, dass in vielen Bereichen keine Tarifbindung besteht und das ohnehin schon niedrige Lohn- und Gehaltsniveau im Osten immer wieder unterschritten wird. Diese soziale Schieflage ist ein wesentlicher Grund für Abwanderung und für die von vielen Ostdeutschen empfundene Ungerechtigkeit gegenüber den Altbundesländern. Gleichzeitig ist vor dem Hintergrund weiterhin vorhandener Produktivitätsunterschiede zwischen Ost und West sowie der weitreichenden finanziellen und wirtschaftlichen Konsequenzen für viele Unternehmen und für die öffentlichen Haushalte eine Angleichung der Löhne und Gehälter auf Westniveau innerhalb einer sehr kurzen Frist nicht realisierbar. Wir fordern – unter Achtung der Tarifautonomie – die Tarifparteien auf, wie in einigen Tarifbereichen bereits geschehen, feste Fahrpläne für die Angleichung der Ost- an die West-Tarife zu vereinbaren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen dafür, daß der 1998 begonnene Kurs der sozialen Erneuerung unseres Landes fortgesetzt wird.

- Der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit,
- die Zusammenfassung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer bedarfsdeckenden Grundsicherung und
- die Beseitigung der Kinderarmut

stehen dabei ganz oben auf der bündnisgrünen Agenda.

5. Aufbau Ost: Chancen der Regionen nutzen, Förderpolitik zielgenauer ausgestalten

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen die Einigung von Bund und Ländern auf die Fortführung des Solidarpakts. Die Verstetigung der Mittel im Solidarpakt II schafft die Grundlage, um die Angleichung der Lebensbedingungen zwischen Ost und West zu verwirklichen. Der finanzielle Rahmen ist gesetzt, jetzt gilt es, ihn auszugestalten. Vor der Fortsetzung muss eine offene Bilanz stehen. Welche der zahlreichen Fördermaßnahmen hat sich bewährt, was kann besser gemacht werden? Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass immer mehr Kommunen aufgrund zurückgehender Steuereinnahmen nicht mehr in der Lage sind, Ihren Anteil an Kofinanzierungsprojekten aufzubringen.

Trotz vieler gemeinsamer Probleme in allen neuen Ländern ist der Osten nicht gleich der Osten. Fördermaßnahmen nach der Devise „viel hilft viel“ oder nach dem Gießkannenprinzip laufen Gefahr, alles ein bißchen, aber nichts wirklich zu verbessern. Wer Probleme pauschaliert, nimmt sie nicht ernst. Eine wirksame Förderpolitik hingegen setzt Schwerpunkte und setzt bei den Stärken und Perspektiven der einzelnen Bundesländern und Regionen an.

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Förderungen aus dem Solidarpakt bündeln und zielgenauer machen.

Was gut für den Thüringer Wald ist, muss nicht gut für Mecklenburgische Seenplatte sein. Die Magdeburger Börde hat nicht die selben Perspektiven wie die Lausitz. Berlin ist anders als Dresden.

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Fördergelder stärker auf die unterschiedlichen Chancen und Perspektiven der Regionen ausrichten.

Durch die im Rahmen des Solidarpakt II vereinbarte Pauschalierung der Mittel aus dem bisherigen Investitionsförderungsgesetz ergeben sich hierfür neue Spielräume. Vor allem die Länder sind gefordert, die Chancen ihrer Regionen optimal zu nutzen. Die gezielte Förderung vorhandener Cluster oder die Aktivierung von potenziellen Clustern bringt nicht nur die betroffenen Regionen voran, sondern löst in der Folge einen positiven Prozess für das gesamte Land aus.

- Die Landesverbände von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden ihre eigenen, bündnisgrünen Vorstellungen zur Entwicklung regionaler Profile vorlegen.

Dabei orientieren wir uns an den vorhandenen Stärken in den einzelnen Bundesländern: Sachsen-Anhalt (Chemiedreieck Bitterfeld, Nahrungsgüterindustrie, Windenergie), Mecklenburg-Vorpommern (sanfter Tourismus, Agrarwirtschaft/Lebensmittelverarbeitung, BioCon Valley), Thüringen (Kultur, IT, Biotech- und Optikfirmen in Jena, sanfter Tourismus), Brandenburg (Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg, nachwachsende Rohstoffe, Landwirtschaft, Tourismus, Stahl- und Schienenverkehrsindustrie, Konversionsbranche), Sachsen (Automobilindustrie, Chiptechnologie, gewachsene mittelständige Strukturen), Berlin (Dienstleistungs- und Innovationszentrum, Kiez und Metropole, Drehkreuz zwischen Ost-West).

Bei allen Maßnahmen setzen wir darauf, die Fördermittel stärker am Wettbewerbsgedanken zu orientieren. Ausschreibungen wie der Inno-Regio-Wettbewerb erhöhen die Zielgenauigkeit und Effizienz der eingesetzten Gelder. Auch treten wir für eine bessere Verzahnung zwischen europäischen und deutschen Förderungsinstrumenten ein. Mit der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur und den Europäischen Strukturfonds, insbesondere dem Europäischen Regionalfonds kommen in Deutschland gleichzeitig zwei verschiedene Regionalfördersysteme mit unterschiedlichen Philosophien und Systematiken zum Einsatz.

6. Bürgersinn und Demokratiekultur stärken

Das Eintreten für Demokratie und Bürgerrechte ist ein Grundanliegen bündnisgrüner Politik. Bündnis 90/Die Grünen stehen für den Schutz von Minderheiten, für Toleranz und die Chance zur gleichberechtigten Teilhabe aller an unserer Demokratie und unserem Gemeinwesen.

Partizipation und Mitbestimmung sind dabei Grundprinzipien demokratischen Miteinanders. Die Artikulation unterschiedlicher individueller Interessen und Bedürfnisse, die Möglichkeit aller Bürgerinnen und Bürger, ihr Umfeld wie auch die Gesellschaft als ganzes mitzugestalten unterstützen wir ausdrücklich. Daher wollen wir

- die direktdemokratischen Elemente etwa durch Absenkung der Quoren bei Volksentscheiden auf Landesebene stärken
- und die Beteiligungs- und Informationsrechte für BürgerInnen weiter ausbauen.
- Dazu müssen wir die Menschen durch eine verbesserte politische Bildung frühzeitig dazu befähigen, ihre Interessen zu formulieren und wahrzunehmen.

Wesentlicher Bestandteil der Demokratie ist für Bündnis 90/Die Grünen aber auch die Sicherung vielfältigster Lebensstile, Lebensformen, Meinungen und Interessen. Politik muss wirksam ihren Beitrag zur Förderung von Akzeptanz und Toleranz leisten. Das fängt in der Schule an.

Wer wie wir in Ostdeutschland aus dem Widerstand gegen ein autoritäres, undemokratisches Regime entstanden ist, es bekämpft und zu seinem Sturz beigetragen hat, sieht sich heute besonders in der Pflicht, die gewonnenen Einsichten, Freiheiten und Bürgerrechte gegen Übergriffe zu verteidigen. Die Zivilcourage und der Bürgermut der Akteure, die die Wende herbeigeführt haben, muss mit mehr Anerkennung und Gerechtigkeit beantwortet werden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die tabulose Aufarbeitung der SED Vergangenheit.

Das Engagement für mehr Bürgerbeteiligung in Gegenwart und Zukunft muss in jeder Hinsicht gestärkt werden. Das meint auch das Eintreten gegen das Fortbestehen autoritärer und antidemokratischer Strukturen und Haltungen in der ostdeutschen Gesellschaft. Deswegen ist es ein wichtiges Anliegen bündnisgrüner Politik in Ostdeutschland, den Menschen in vielfältiger Weise Chancen zu selbstbestimmtem und eigenverantwortlichem Handeln zu eröffnen.

Bündnis 90/Die Grünen sehen die Politik in Ostdeutschland zudem in besonderer Verantwortung, die Bedeutung von Konflikten und unterschiedlichen Interessen für das demokratische Gemeinwesen zu unterstreichen. Konflikte und der kooperative und offene Umgang damit sind wichtige Bestandteile unseres demokratischen Miteinanders. Vor dem Hintergrund der Erfahrung staatlicher Allgegenwart in der DDR ist es besonders wichtig, die begrenzten Möglichkeiten staatlichen Handelns und staatlicher Einflussnahme zu verdeutlichen. Besondere Bedeutung kommt hierbei der Verhinderung des durch das Verteidigungsministerium geplanten Bombenabwurfplatzes in der Kyritz-Ruppiner Heide zu. Für viele Menschen ist der Erfolg des mittlerweile 10 Jahre dauernden Widerstandes gegen dieses Vorhaben für eine FREIE HEIDE Kristallisationspunkt und Nagelprobe für gelebte demokratische Einmischung.

Ein Scheitern hätte dramatische Auswirkungen für die Festigung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland.

Der Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit ist dabei für uns eine demokratische Selbstverständlichkeit. Gewalt gegen Fremde ist auch ein Anschlag auf unsere Verfassung und unsere Demokratie. Sie ist auch Gift für die wirtschaftliche Entwicklung. Durch rechtsradikale Auswüchse werden Menschen abgeschreckt in Ostdeutschland zu arbeiten oder zu investieren. Das gleiche gilt auch für die Anwerbung von ausländischen Studenten und ProfessorInnen an die wissenschaftlichen Einrichtungen. Um-

gekehrt zeigt sich in Regionen, in denen ausländische InvestorInnen neue wirtschaftliche Perspektiven schaffen, ein Rückgang rechtsextremistischer Übergriffe.

Uns ist bewusst, dass die verschiedenen Erscheinungen des Rechtsextremismus nur langfristig wirksam bekämpft werden können. Alle in der Gesellschaft sind gefordert, Ausländerfeindlichkeit entschlossen zu begegnen.

Konkret fordern wir, dass

- an den Schulen das Lernen von demokratischen Miteinander und der Umgang mit Minderheiten wesentlicher Bestandteil der Lerninhalte wird,
- sowohl die offene Jugendarbeit vor allem freier Träger und die Angebote der Jugendsozialarbeit eine stärkere Förderung und die Grundlagen für eine professionelle und qualitative hochwertige Arbeit erhalten,
- Die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten erfolgreichen Programme wie XENOS und CIVITAS verstetigt und noch stärker auf die Rahmenbedingungen in Ostdeutschland zugeschnitten werden.
- Die Umsetzung des von der rot-grünen Bundesregierung erstmals mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattete Goldene Plan zur Sportstättenförderung zügig umgesetzt wird.

7. Wohnungsleerstand als Chance zur Stadtentwicklung nutzen

12 Jahre nach dem Mauerfall hat der Wohnungsleerstand in ostdeutschen Großsiedlungen, aber auch in einer Reihe von Innenstädten, dramatische Ausmaße angenommen. Hohe Bevölkerungsverluste und die am Bedarf vorbei gewährten Wohnungsbausubventionen der Regierung Kohl haben dazu geführt, dass in Ostdeutschland mehr als eine Million Wohnungen leer stehen. Zahlreiche Wohnungsunternehmen stehen vor dem Ruin. Auch die Kommunen stehen vor neuen Problemen. Der Wegzug der Bevölkerung führt zur Unterauslastung von Schulen, Kindergärten und öffentlichem Nahverkehr. Anhaltender Leerstand führt zur sozialen Destabilisierung von Siedlungen und Stadtteilen. Immer mehr einkommensstarke Haushalte verlassen den Ort. Die sozialen Spannungen steigen insbesondere in den Siedlungen, in denen der Anteil arbeitsloser Jugendlicher sehr hoch ist.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene für ein entschlossenes Handeln gegen den strukturellen Wohnungsleerstand ein. Die unumgänglichen Abrisse und Rückbaumaßnahmen müssen dabei mit einem positiven Leitbild, also mit Wohnwertverbesserung verknüpft werden. Es geht um einen Stadtumbau, der die Schlankheitskur mit einer Schönheitskur verbindet und Chancen für eine attraktive Stadtentwicklung bietet.

Rück- und Umbaumaßnahmen kosten allerdings Geld. Deshalb haben sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür eingesetzt,

- dass die Bundesregierung Wohnungsunternehmen und Kommunen in den nächsten acht Jahren insgesamt 2,2 Milliarden DM für den Stadtumbau zur Verfügung stellt.

Hinzu treten Komplementärfinanzierungsmittel der Länder in selber Höhe. Bereits letztes Jahr ist es der rot-grünen Koalition im Rahmen der Reform des Altschuldenhilfegesetzes gelungen,

- besonders von Leerstand betroffene Wohnungsunternehmen dauerhaft von Altschulden zu entlasten. Dafür stehen – verteilt über zehn Jahre - 700 Millionen DM bereit.

Maßnahmen gegen den strukturellen Wohnungsleerstand können langfristig nur erfolgreich sein,

- wenn die Wohnungsbauförderung stärker als bisher auf die Bestandsförderung ausgerichtet wird.

Die Wohnungsbauförderung, insbesondere die Wohneigentumsförderung, begünstigt den Neubau stark gegenüber dem Kauf und der Erneuerung von Bestandswohnungen und Gebäuden. Deshalb hat die Bundesregierung im Rahmen des

- Programms „Stadtumbau Ost“ die Investitionszulage für die Erneuerung von Mietwohnungen deutlich angehoben und das Förderprogramm „Wohneigentumsbildung in innerstädtischen Altbauquartieren“ angeschoben. Dafür stehen bis 2004 insgesamt 300 Millionen. DM zur Verfügung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten zudem an dem Ziel fest, die Fördersätze für Bestandswohnungen in der Eigenheimzulage deutlich zu verbessern.

8. Verkehrspolitik Ost nachhaltig gestalten

Die Verkehrspolitik in den neuen Ländern orientierte sich an den „Krausen“-Vorstellung einer Kopie veralteter westdeutscher Konzepte. Neben den dringend notwendiger Infrastrukturinvestitionen in Straße und Schiene wurden oft auch übergroße Infrastrukturprojekte auf den Weg gebracht, die ökologisch zweifelhaft sind, deren Finanzierung nur schwer darstellbar ist und deren Fertigstellung riesige Summen und Zeit bindet. Beispiele hierfür sind der Ausbau der Elbe oder des Wasserwegs von Berlin nach Hannover (VDE 17), die mittlerweile gestoppte Transrapidtrasse von Berlin nach Hamburg oder Autobahnen wie die A17 oder A 20. Diese Politik der überdimensionierten und unwirtschaftlichen Verkehrsschneisen hat in der Folge dazu geführt, dass die Potenziale, die in der Modernisierung der vorhandenen Schienen-, Straßen- und Wasserwege sowie in einer intelligenten Raumordnungs- und Stadtplanungspolitik liegen, bislang kaum genutzt werden konnten.

Statt die Fehler westdeutscher Verkehrspolitik in Ostdeutschland zu wiederholen setzen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf neue, intelligente Verkehrslösungen, die beispielhaft für ganz Deutschland sind. Wir stehen auch und besonders in den ostdeutschen Ländern für eine nachhaltige Verkehrspolitik:

- Substanzerhalt und Modernisierung des Bestandsnetzes vor Neubau,
- Systeminnovationen vor Ausbau.

Dazu gehören moderne Logistik und verbesserte Verbindungen an den Schnittstellen zwischen den Verkehrsträgern – vom kombinierten Ladungsterminal am Hafen bis zur Fahrradstation am Bahnhof. Die Bundesregierung hat mit dem Programm zur Runderneuerung des vorhandenen Schienennetzes und dem Masterplan FahrRad wichtige Weichen in diese Richtung gestellt. Notwendige Aus- und Neubaumaßnahmen wollen wir umwelt- und landschaftsverträglich gestalten und an die tatsächlichen Verkehrsprognosen und Zielvorstellungen anpassen. Damit kann insgesamt den Mobilitätswünschen ökologisch entsprochen und gleichzeitig ein ökonomischer Standortvorteil erwachsen.

- Darum setzen wir uns für die schnelle Realisierung der Mitte-Deutschland-Bahn Görlitz-Dresden-Chemnitz-Gera-Erfurt-Kassel-Dortmund als leistungsfähiger Verkehrsweg ein.

Gerade in Ostdeutschland kommt der Bahn im Personenverkehr wie bei der Erschließung der wirtschaftlichen Infrastruktur eine besondere Verantwortung zu. Den unter rot-grün massiv erhöhten Fördermitteln muss ein Bekenntnis der Deutschen Bahn AG zur Fläche gegenüberstehen. Die bisherige Haltung des Unternehmens, sich bei Subventionen wie ein Staatsunternehmen zu verhalten, und sich bei Streckenstilllegungen auf den Status eines rein marktwirtschaftlich agierenden Unternehmens zurückzuziehen, lehnen wir ab.

- Der Ausbau eines flächendeckenden und kundenorientierten Bahnangebots gehört zu den wichtigsten Modernisierungsaufgaben gerade in Ostdeutschland. Wir brauchen hier eine attraktive und moderne Bürgerbahn: pünktlich, bequem und bezahlbar.

Mit der bevorstehenden EU-Osterweiterung steht Ostdeutschland vor einer besonderen Herausforderung und einer großen Chance. Die ostdeutschen Länder bilden die Nahtstelle zu den Erweiterungskandidaten. Die Ost/West-Verkehre rücken in den Mittelpunkt, damit auch die Aufgabe und Gelegenheit, moderne und beispielhafte Lösungen umzusetzen.

- Für die Verkehrspolitik entsteht durch die rückläufige Bevölkerungsentwicklung beispielsweise die Aufgabe, für umsteigefreie Schienenverkehrsverbindungen in der Fläche zu sorgen (Interregios).
- Wo die Deutsche Bahn AG dies nicht gewährleisten kann oder möchte, setzen wir auf Wettbewerber bzw. örtlich agierende Töchter der DB AG.

Wer die Abwanderung und Entleerung ganzer Landstriche stoppen möchte, muss auch für Mobilität und ökonomische Entwicklungsperspektiven sorgen. Auch Kultur- und Freizeitangebote hängen oftmals mit verkehrspolitischen Fragestellungen zusammen. Ballungszentren, ländliche Regionen oder Tourismusregionen brauchen jeweils zielgenaue Verkehrskonzepte. Deren Entwicklung und Anpassung an die örtlichen und regionalen Entwicklungsziele ist daher von hoher Bedeutung. Gerade im Nahbereich kommt einem gut ausgebauten Fahrradnetz eine wichtige Rolle zu.

- Mit Blick auf die offensichtlich falsch zu Grunde gelegten Prognosen über zu erwartendes Verkehrsaufkommen und über die Bevölkerungsentwicklung in den neuen Ländern, fordern wir eine schnellstmögliche Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplanes mit dem Planungsschwerpunkt Ostdeutschland. Nur so können die neuen Länder Planungssicherheit erhalten, welche Infrastrukturmaßnahmen wirklich zukunftsweisend sind und die Länder nicht mit unsinnigen Kosten belasten.

9. Perspektiven der EU-Osterweiterung nutzen

Mit der Erweiterung der Europäischen Union nach Osten verbinden sich große Erwartungen, aber auch viele Sorgen insbesondere in den neuen Bundesländern. Sehen die einen Ostdeutschland als künftiges Tor nach Osteuropa, fürchten die anderen negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und das Lohnniveau. Wie für die deutsche Einheit gilt auch für Europa: Wer blühende Landschaften innerhalb kürzester Zeit verspricht und notwendige Anpassungsprobleme verschweigt, macht den Menschen etwas vor.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die EU-Erweiterung zuerst eine Chance, unseren Kontinent in Frieden und Sicherheit, Demokratie und Wohlstand zu einen. Europa ist für uns die Antwort auf die beiden Katastrophen des 20. Jahrhunderts und eine klare Absage an den Nationalismus des 19. Jahrhunderts. Die deutsche Einheit wäre ohne Einbindung der Bundesrepublik und später Gesamtdeutschlands in den Prozess des zusammenwachsenden Europas so nicht möglich gewesen. Wir sehen Europa auch als eine Antwort auf die Globalisierung der Wirtschaft. Eine starke EU ist in der Lage, im Zuge der Globalisierung verlorene Gestaltungsmöglichkeiten der Nationalstaaten auf supranationaler Ebene zurück zu gewinnen. Ökologischer und sozialer Reformpolitik eröffnen sich neue Perspektiven.

Die Europäische Union ist aber auch gekennzeichnet durch mangelnde Transparenz, ausufernde Bürokratie, latentes Demokratiedefizit und der Sorge der Menschen vor zunehmender Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Diese bereits im Europa-der-15 vorhandenen Probleme vervielfachen sich durch die EU Osterweiterung. Gerade in Ostdeutschland fürchten viele, dass durch die Öffnung nach Osten die Arbeitslosigkeit weiter steigt. Insgesamt sind mit der Osterweiterung viele Sorgen und Fragezeichen verbunden. Regionale oder sektorale Übergangsprobleme können nicht ausgeschlossen werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Übergang in ein größeres Europa gestalten, kurzfristige Übergangsprobleme mildern und so die mittel- und langfristigen Chancen stärken:

- In den Bereichen Arbeitsmarkt, Agrar- und Strukturpolitik setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, den Übergang vom Europa-der-15 zu einer erweiterten Union fließend zu gestalten. Übergangsregelungen ermöglichen den baldigen Beitritt neuer Staaten ohne bestehende Strukturen in den Mitgliedsstaaten zu gefährden.
- Wirtschaftsfördermaßnahmen wollen wir gezielter an den Anforderungen des grenzüberschreitenden regionalen Marktes ausrichten
- Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von KMUs wollen wir fördern.
- Durch entsprechende Weiterbildungsangebote sollen vorhandene Sprachbarrieren verringert werden.
- Programme zum Jugendaustausch zwischen Beitrittskandidaten und Beitrittsländern fördern das gegenseitige Verständnis
- Durch verstärkte Information der Bevölkerung über die Osterweiterung können Ängste abgebaut werden

Die ostdeutschen Länder stehen nicht nur geographisch im Mittelpunkt der Osterweiterung. Ihnen kommt aufgrund ihrer geschichtlichen Gemeinsamkeiten mit den östlichen Beitrittsländern und ihrer seit der Vereinigung gemachten Erfahrungen eine Mittlerfunktion zwischen der heutigen und der zukünftigen EU zu. Schon heute gibt es dafür Beispiele wie die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder und viele länderübergreifende Projekte in Kindertagesstätten und Schulen. Im Hinblick auf den bevorstehenden EU-Beitritt der mittelosteuropäischen Länder müssen vor allem ostdeutsche Firmen ermutigt werden, sich rechtzeitig in den künftigen Mitgliedsstaaten zu positionieren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind überzeugt: Die Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik lässt sich nur im europäischen Rahmen wirklich sichern. In Ostdeutschland kann Europa regional exemplarisch erfolgreich gestaltet werden. Unser Ziel ist ein Europa der Bürgerinnen und Bürger, das die Chancen des Zusammenwachsens nutzt und die Risiken sozialverträglich abfedert. Wir wollen Europa als Vision zu Ende denken und einen europäischen Verfassungsprozess einleiten. In diesem Sinne verstehen wir die von einem Grünen verantwortete deutsche Außenpolitik im internationalen Interesse.

II. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Ostdeutschland stärken

Ein neuer Aufbruch für den Osten bedeutet für uns zuerst, die Lebensbedingungen der Menschen in den neuen Ländern zu verbessern, die Wirtschaftskraft zu stärken, bestehende Ungerechtigkeiten zwischen West und Ost abzubauen und neue Perspektiven zu eröffnen. Aber auch für unsere eigene Partei wollen wir einen neuen Aufbruch in den neuen Bundesländern machen. 21 Jahre nach Entstehen der GRÜNEN, zehn Jahre nach Gründung des BÜNDNIS 90 und acht Jahren nach dem Zusammenschluss von BÜNDNIS 90 und DIE GRÜNEN auf der Grundlage eines gemeinsamen Grundkonsenses stellen wir auf unserem Parteitag im März 2002 mit der Beratung und Beschlussfassung des Grundsatzprogramms BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf eine den neuen Herausforderungen angemessene programmatische Basis. Wir sind sicher, dass das neue Grundsatzprogramm gute Voraussetzungen schafft, um in Ost wie West für unsere bündnisgrünen Werte engagiert und erfolgreich zu streiten.

In Ostdeutschland stehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dabei vor spezifischen Herausforderungen: Geringe Mitgliederzahl und somit niedriger Organisationsgrad, keine Landtagsfraktionen, wenige Hauptamtliche und Überlastung der Ehrenamtlichen sind nur einige Stichworte. Durch den Herausfall aus den ostdeutschen Landtagen haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an der aktiven Gestaltung der Politik in Ostdeutschland einen geringen Anteil. Damit einher geht für uns die Entwicklung zu einer

Partei, die im Osten oft nur geringe Resonanz in den Medien findet. Dennoch haben wir mehr zu bieten, als wir derzeit zeigen können.

In den neuen Ländern stehen wir daher nicht nur vor der Herausforderung, auf der Grundlage des neuen Grundsatzprogramms und des ersten Teils dieses Papiers, Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in bündnisgrüne Politik zurückzugewinnen. Vielmehr geht es auch darum BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch organisatorisch in Ostdeutschland so zu stärken, dass die bündnisgrüne Stimme wieder von mehr Menschen gehört wird.

Wir verbinden mit diesem Papier den programmatischen Aufbruch für Ostdeutschland mit einer Konzentration der Ressourcen der gesamten Partei in Ost und West auf die Stärkung der ostdeutschen Landesverbände. Unsere Ziele sind klar: ein gutes Ergebnis bei der Bundestagswahl und der Wiedereinzug in die ostdeutschen Landtage, angefangen in Sachsen-Anhalt. 1,8 Prozent haben uns 1998 zum Einzug in den Magdeburger Landtag gefehlt. Wir trauen uns zu, diese 26.000 Menschen bis zum Wahltag von der bündnisgrünen Perspektive für Ostdeutschland zu überzeugen.

Konkret bedeutet das für die Organisation der Partei:

- **Ausarbeitung von regionalen Profilen für den Aufbau Ost durch die Landesverbände**
Auf Landesebene liegen umfassende programmatische Aussagen und konkrete Vorstellungen vor zu den politischen Visionen in Ostdeutschland vor. Auf dieser Grundlage und unter Berücksichtigung der Aussagen dieses Papiers werden die einzelnen Landesverbände mit Unterstützung des Bundesvorstands regionale Profile zur Entwicklung ihres Landes weiterentwickeln. Dabei gilt es eine profilbildende bündnisgrüne Vision für die einzelnen Länder in Ostdeutschland zu schaffen.
- **Landesverbände von oben und von unten stärken**
Die aktuellen Themen werden zum erheblichen Teil durch unsere Regierungsbeteiligung bundespolitisch gesetzt. Wir müssen mit ihnen vor Ort präsent sein statt allein auf mediale Wahrnehmung zu vertrauen. Bei dieser Aufgabe wollen wir die Kreisverbände unterstützen.
- **Verbesserung bzw. Aufbau von Parteistrukturen entlang der Hochschul- und Wissenschaftsstandorte**
Wir sehen ein großes Potenzial für bündnisgrüne Politik entlang der Hochschul- und Wissenschaftsstandorte. In vielen dieser Städte gibt es ein großes Interesse an grünen Themen, gleichzeitig bestehen gerade an diesen Standorten bündnisgrünen Strukturen, die es auszubauen und weiter zu entwickeln gilt. Durch Veranstaltungen vor Ort zu aktuellen Themen wollen wir diese Lücke schließen. Noch stärker als bisher wollen wir uns als Diskurspartner der Gesellschaft profilieren, der interessante Themen mit interessanten Gästen in die Regionen holt. Die Erfahrungen zeigen, daß sich aus solchen Veranstaltungen heraus oftmals InteressentInnen und Aktive gewinnen lassen, die durch Engagement in der grünen Hochschulgruppe, im Orts- oder Kreisverband der Parteiarbeit vor Ort neue Impulse geben und den Grundstein für eine breitere organisatorische Verankerung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den neuen Ländern legt.
- **Bündelung und Verstärkung der Aktivitäten in den einzelnen Landesverbänden durch den Bundesvorstand**
Angesichts von relativ niedrigen Mitgliederzahlen im Osten kommt der Vernetzung und Bündelung von Aktivitäten sowie der Werbung neuer Mitglieder und Aktiver eine besondere Rolle zu. Wir wollen das Netzwerk der Aktiven stärken, so dass schnell und unkompliziert Informationen ausgetauscht und Erfahrungen genutzt werden können. Dem Bundesvorstand und der Bundesgeschäftsstelle kommt dabei eine Dienstleistungsfunktion zu.
- **Unterstützung und informelle Vernetzung der für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kommunalpolitisch Aktiven in den neuen Ländern**

Derzeit in keinem Landesparlament vertreten, ist es für uns besonders wichtig, die für uns in Stadt- und Gemeindeparlamenten und in Kreistagen arbeitenden KommunalpolitikerInnen als Partei engagiert zu unterstützen. In vielen Kommunen ist die Arbeit und der Sachverstand von Bündnisgrünen in den Parlamenten schon jetzt über die Parteigrenzen hinaus anerkannt und geachtet. Auf diesem Kapital wollen wir aufbauen.

Zum einen ist die Kommunalpolitik die politische Ebene, auf der Menschen die Auswirkungen von politischen Entscheidungen am unmittelbarsten spüren und daher gerade in der Kommunalpolitik viel für die Akzeptanz bündnisgrüner Politik geleistet werden kann. Zum anderen ist uns sehr bewusst, dass gerade die ehrenamtlich Arbeitenden die Unterstützung der Gesamtpartei brauchen, um der Fülle der Aufgaben gerecht werden zu können.

Gerade die Kommunalpolitik ist in besonderem Maße dazu geeignet, Interessierte zu gewinnen. Prioritär ist es, die Möglichkeit zur Mitgestaltung kommunalpolitischer Prozesse zu schaffen. Die Bindung etwa über eine Mitgliedschaft in der Partei darf dabei keine Rolle spielen. Es besteht eine große Chance darin, vor allem in den größeren Städten kommunalpolitische Foren zu schaffen, in denen sich engagierte, progressive Menschen kommunalpolitisch engagieren können.

Bundesverband und Landesverbänden sollten dazu beitragen, dass die Organisations- und Kommunikationsprozesse so gestaltet werden, dass nicht nur über den Inhalt, sondern auch über Atmosphäre und Form interessierte und engagierte Menschen angesprochen und gewonnen werden können.

- **Öffnung der Partei**

Gerade in den neuen Ländern gibt es eine große Skepsis gegenüber Parteien. Vor allem die Erfahrungen mit „der Partei“, aber auch die gebrochenen Versprechen nach der Wende haben bei vielen zu einer Abkehr von Parteipolitik geführt. Um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen, wollen wir neben unseren politischen Aktivitäten noch stärker als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger auftreten. Die Vermittlung von Kontakten, die Stärkung von Bürgerinitiativen und der Aufbau von Netzwerken sind Beispiele wie wir das vorhandene politische – aber eben nicht parteipolitische – Engagement in den neuen Ländern stärken wollen.